

## Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.08.2007

Sitzungsort: Ratssaal

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.50 Uhr.

Vorsitz führte: Frau Küster

### Stimmber. Mitglieder

- Gerharz, Th.
- Küster (Vorsitzende)
- Simons
- Wasem (SK)
- Heck (stellv. Vorsitzende)
- Weitz (SK)
- Schmitz, R.(SK) bis 18.48,Pkt1,ohne Abst.
- Schönhütte
- Wehr (SK)

CDU  
CDU  
CDU  
CDU  
SPD  
SPD  
fw/bVb  
Grüne  
FDP

### Stellvertretende stimmber. Mitglieder

- Dr. Frantziach-Immenkeppel CDU
- Gerharz, F.J. CDU
- Stilz CDU
- Flimm (SK) CDU
- Dr. Conen SPD
- Klein (SK) SPD
- Arth, Helga (SK) fw/bVb
- Egidi (SK) Grüne
- Müller-Neimann (SK) FDP

### Wohlfahrtsverbände

- Kühn-Mengel AWO
- Assenmacher ab 18.06, Pkt. 1 Caritas
- Uhle bis 19.00 , Pkt. 1 DPWV

### Wohlfahrtsverbände

- Wehrhahn, U. AWO
- Junkers Caritas
- Nocera Diakonie

### Jugendverbände

- Kasiske Stadtjugendring
- Müller, D. Stadtjugendring
- Robens bis 19.00, Pkt.1 Stadtjugendring

### Jugendverbände

- Aderhold
- Auschner
- Müller, W.

### Beratende Mitglieder gem. Satzung

- Buhren bis 19.00, Pkt.1 Pfarrer ev. Kirche
- Iking Pfarrer kath. Kirche
- Beckmann Arbeitsverwaltung
- Neumann Amtsgericht
- Teichmann Polizei
- Weiler Schulen
- Starzonek bis 19.42, Pkt. 8 JGR
- Meyer Kinderschutzbund
- Gerbatsch Sonderspaß e.V.
- Yildirim ABR

### Beratende Mitglieder gem. Satzung

- Kontusch ev. Kirche
- Wolff bis 19.18, Pkt. 5 kath. Kirche
- Hahn Arbeitsamt
- Alberts Amtsgericht
- Macherey Polizei
- Adams Schulen
- Billig JGR
- Bär-Heinz Kinderschutzbund
- Pauly Sonderspaß e.V.

### Beratende Mitglieder der Verwaltung gem. Satzung

- Kreuzberg
- Schmitz

### Beratende Mitglieder der Verwaltung gem. Satzung

- Freytag
- Konda

### Schrifführer

- Frings

### Stellv. Schrifführer

- Förster

### Gäste

- Herr Börger
- Herr Mahlke
-

TOP	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	<b><u>I. Öffentliche Sitzung</u></b>		
1.	Niederschrift über die Sitzung vom 15.05.2007	3	
2.	Neustrukturierung der offenen Jugendarbeit in Brühl Hier: Konzept „Kräfte bündeln, Vielfalt erhalten“	3 – 8	39/95 m
3.	Frühe Hilfen für Familien Hier: „Risiken erkennen, Kinder fördern, Elternkompetenzen stärken“ Bezug: Antrag der CDU-Fraktion vom 23.04.2007	8/9	57/06 b
4.	Tagesbetreuung in Einrichtungen; hier: Sprachstandserhebungen 2007 in der Tageseinrichtung für Kinder	9/10	48/88 br
5.	Anerkennung des Frauenforums Brühl e.V. als Träger der Jugendhilfe	10/11	127/93 j
6.	Stadtteilplanung Brühl-Vochem Hier: Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes Bezug: Mittelbereitstellung – Rat 18.06.07, HA 21.05.07 und PStA 14.08.07	11	35/07
7.	Stadtteilplanung Brühl-Vochem – Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes Hier: Bildung einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII)	11	68/04 b
8.	Spielraumplanung in Brühl Hier: Vertrag zwischen der Stadt Brühl und der Spielvereinigung Badorf-Pingsdorf 1929/31 e.V. über die Herrichtung und Nutzung des Bolzplatzes „Auf dem Gallberg“	11/12	149/88 dz
9.	Kindertagesbetreuung Hier: Managementkonzept „Fit für die Zukunft“	12	48/88 bs
10.	<b>Anträge</b>	12	
11.	Anfragen	12/13	
12.	<b><u>Mitteilungen</u></b> Bolzplatz Stephanstraße	13	
	<b><u>II. Nichtöffentliche Sitzung</u></b>		
13.	<b>Anträge</b>	13	
14.	<b>Anfragen</b>	13	
15.	<b>Mitteilungen</b>	13	

## **I. Öffentliche Sitzung**

Frau Vorsitzende Küster (CDU) begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und stellt die form- und fristgerechte Einladung fest.

Ratsfrau Heck (SPD) bittet die Verwaltung unter dem Punkt Mitteilungen über die Situation „Spielplatz Stephanstraße – Planung und deren Auswirkungen auf die Spielraumplanung in Brühl-Ost“ zu berichten.

Weitere Änderungswünsche bestehen nicht.

### **1. Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 15.05.2007**

Anfragen und Einwendungen zu der Niederschrift liegen nicht vor.

### **2. Neustrukturierung der offenen Jugendarbeit in Brühl hier: Konzept, „Kräfte bündeln, Vielfalt erhalten“ - Vorlage-Nr.: 39/95 m**

Zunächst bittet Frau Vorsitzende Küster (CDU) darum, zukünftig statt des Begriffes „Jugendarbeit“ die Begriffe „Arbeit mit Kindern und Jugendlichen“ zu verwenden.

Herr Schmitz (Verwaltung) sagt zu, dies zukünftig im möglichen gesetzlichen Rahmen zu berücksichtigen.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) begrüßt die umfangreiche Vorlage und verweist auf die bereits im Vorfeld in die einzelnen Gremien durchgeführten Arbeiten.

Herr Freytag (Verwaltung) gibt zu der Vorlage weitere Erläuterungen.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und dessen Zusage zu einer möglichen Nutzung und Erweiterung der vorhandenen Räumlichkeiten sei nun ein Konzept erstellt worden, das (in Zusammenarbeit mit dem ASB als Träger der freien Jugendarbeit) den Kindern und Jugendlichen in Brühl gerecht wird.

Ein weiterer Gesichtspunkt sei die Kostenfrage gewesen. Aus der Vorlage ergibt sich, dass die Realisierung des Konzeptes auch im Rahmen des städtischen Budgets liegen wird.

Im Bezug auf die Verfahrensweise führt er aus, dass im Vorfeld bei den grundsätzlichen Überlegungen über mögliche Konzepte und Standorte alle beteiligten Personen, Gremien und Stellen in Brühl mit einbezogen wurden. Hier verweist er z.B. auf die kritischen Diskussionen bezüglich der möglichen Standorte eines Jugend- und Kulturzentrums. Durch die heutige Grundsatzentscheidung soll nun eine weitere Sicherheit für die zukünftige Planung und Umsetzung erreicht werden.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) teilt mit, dass sie zu Punkt 3 des Beschlussentwurfes gebeten wurde, diesen wie folgt abzuändern:  
„Schließung des Jugendzentrums an der Liblarer Straße mit der Inbetriebnahme des neuen Jugend- und Kulturzentrums“.

Gegen diese Änderung werden seitens des Ausschusses keine Einwände erhoben.

Bezüglich der Vorlage verweist sie ebenfalls darauf, dass es sich um ein Konzept handelt und alle Wünsche von den beteiligten Personen und Gremien mit in die weitere Entscheidung und Diskussion mit eingebracht werden können.

Sie bittet nun Herrn Uhle (ASB) zum Arbeiter-Samariter-Bund und zum erstellten Konzept zu berichten.

Zunächst erläutert er die Geschichte und die (weitere) Entwicklung (sowie den Ausbau) des Arbeiter-Samariter-Bundes bis in die aktuelle Zeit. Er bedankt sich ausdrücklich dafür, dass man seitens der beteiligten Stellen bereit war, bezüglich des Jugendtreffs mit dem Arbeiter-Samariter-Bund Gespräche zu führen und hier ein Konzept zu erstellen. Zu der Einrichtung „Hot Chili“ teilt er mit, dass im Jahre 1999 die Stadt Brühl auf den Arbeiter-Samariter-Bund zugekommen ist und darum gebeten hat, die Einrichtung St. Stephan an der Schildgesstraße zu übernehmen.

Dieser Bitte wären sie nachgekommen und hätten die Einrichtung übernommen.

In den Folgejahren mussten erhebliche kostenintensive Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden. Derzeit besteht die Einrichtung aus einem Hort, einem Kindergarten sowie dem Jugendzentrum.

Wegen des Jugendzentrums wäre man von Seiten des Arbeiter-Samariter-Bundes gerne bereit gewesen, mit der Verwaltung Gespräche aufzunehmen.

Hier sieht er eine Chance für die Brühler Jugendlichen eine neue, interessante und wichtige Anlaufstelle aufzubauen.

Das Interesse der Jugendverbände und der Jugendlichen war bereits im Vorfeld sehr groß.

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass alle Interessierten (Jugendliche, Jugendverbände, Vereine etc.) dabei helfen sollen, das Jugendzentrum neu zu gestalten.

Danach bittet er seinen Mitarbeiter, Herrn Börger, die bisherige Planung des Jugendzentrums vorzustellen.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) schlägt vor, von einer weiteren Vorstellung des Konzeptes abzusehen, da im Vorfeld bereits mehrfach Informationsveranstaltungen hierüber stattgefunden hatten.

Stattdessen sollten noch bestehende Fragen von den Mitarbeitern des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Verwaltung beantwortet werden.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen keine Einwände.

Ratsfrau Heck (SPD) fragt nach, ob zu der unter 2.2 der Vorlage aufgeführten mobilen Jugendarbeit ein ausführliches Konzept erstellt wird. Weiterhin bittet sie um weitere Erläuterungen zu Punkt 4 bezüglich der Alterskonzeption.

Herr Börger (ASB) teilt zu der Alterskonzeption mit, dass im offenen Bereich alle Jugendlichen ab 12 Jahren angesprochen sind. Jedoch der Schwerpunkt „Events, Konzerte etc.“ sich auf die Zielgruppe im Alter von 14 – 27 Jahren beziehen würde.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt zur mobilen Jugendarbeit mit, dass hier noch in der Arbeitsgruppe weiterer Diskussionsbedarf besteht und noch nähere Einzelheiten besprochen und festgelegt werden sollen.

Herr Wasem (sachkundiger Bürger/CDU) erkundigt sich nach dem Personalbedarf und den beabsichtigten Öffnungszeiten.

Herr Börger (ASB) führt hierzu aus, dass grundsätzlich mit einem festen Stammpersonal sowie im Bedarfsfall auch mit Honorarkräften gearbeitet wird. Hier möchte man flexibel auf Wünsche der Jugendlichen eingehen können.

Bezüglich der Öffnungszeiten ist lt. Herrn Börger (ASB) derzeit vorgesehen, diese von 16 auf 22 Uhr an Wochentagen und individuell an den Wochenenden festzusetzen. Genauere Öffnungszeiten werden sich im Laufe der weiteren Gespräche zwischen den beteiligten Stellen und Personen ergeben.

Herr Schmitz (sachkundiger Bürger /fw/bVb) erkundigt sich nach dem Namen „Jugend- und Kulturzentrum“.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) erläutert hierzu, dass es sich lediglich um einen Vorschlag handelt und ggfs. ein Wettbewerb bezüglich des Namens des neuen Jugendzentrums durchgeführt werden sollte.

Weiterhin fragt Herr Schmitz (sachkundiger Bürger/fw/bVb) nach, welche Kosten für die Einrichtung des City-Treff entstehen werden.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) und Herr Schmitz (Verwaltung) erläutern, dass sich die Kosten hier in einem überschaubaren Rahmen bewegen werden. Im Rahmen des Neubaus in der Clemens-August-Schule wären bereits kleinere bauliche Veränderungen vorgesehen.

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) stellt nochmals klar, dass es sich bei der Vorlage um ein Konzept handelt, welches noch durch den Jugendhilfeausschuss, die beteiligte Arbeitsgruppe und Interessenvertretungen konkretisiert werden soll.

Hier erkundigt sie sich weiter nach den Baukosten in Höhe von ca. 1 Mio. Euro, nach der Bauzeit sowie nach dem Personalschlüssel.

In diesem Zusammenhang fragt sie nach, wann die Arbeitsgruppe erneut tagen wird.

Herr Freytag (Verwaltung) teilt mit, dass die Arbeitsgruppe mit eingebunden ist und bei den Beratungen des Konzeptes beteiligt wird. Die Arbeitsgruppe soll kurzfristig wieder tagen. Bezüglich der Kostenfrage erläutert er, dass man sich zur Zeit in einer Planungsphase befindet und vom Architekten ca. 1 Mio. € als Baukosten angesetzt wurden. Die genauen Baukosten werden sich im Laufe der weiteren Beratung ergeben und in den städtischen Haushalt mit eingebracht. Für die Betriebs- und Personalkosten gilt das gleiche. Sobald seitens des Rates der im Beschlussvorschlag aufgeführte Auftrag (Punkte 1 – 4) erteilt ist, hätte man die Planungssicherheit, mit denen weitere nähere Details bezüglich der Kosten festgelegt werden können.

Bezüglich der Bauzeit bittet Herr Freytag (Verwaltung) den beauftragten Architekten, Herrn Mahlke, Auskünfte zu erteilen.

Herr Mahlke führt hierzu aus, dass man grundsätzlich nicht von einem längeren Zeitraum ausgehen würde. Sobald entsprechende Aufträge seitens des Rates erteilt sind, könne man bereits im Bereich der Außenanlagen (z.B. Parkplätze) sowie in Teilbereichen der bestehenden Gebäude (z.B. Unterkellerung der Proberäume) beginnen.

Herr Schmitz (Verwaltung) erläutert Näheres zum Personal. Die bereits tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASB und der Stadtverwaltung werden im Gesamtkonzept mit berücksichtigt. Ob weitere Kosten bezüglich des Personals entstehen,

kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden. Hierüber wird jedoch in der Diskussion bezüglich der Umsetzung des Konzeptes entschieden werden. Derzeit gehe man im Bereich des Jugend- und Kulturzentrums von drei hauptamtlichen Stellen sowie fünf bis sechs Honorarkräften aus.

Herr Assenmacher (Caritas) bittet darum, zukünftig die gebildete Arbeitsgruppe rechtzeitig und umfangreicher zu informieren. Zu der Vorlage vermerkt er, dass man darauf achten müsse, dass andere Stadtteile bei der mobilen Jugendarbeit mit einbezogen werden und zukünftig auf neue Bedarfswünsche eingegangen werden sollte. Zusätzlich müsse man berücksichtigen, dass auch für jüngere Kinder (unter 14 bzw. 12 Jahre) Angebote geschaffen werden.

Herr Freytag (Verwaltung) erläuterte zu der Beteiligung der Arbeitsgruppe, dass man im vorliegenden Falle aufgrund der speziellen zeitlichen Situation diesen Weg gewählt hätte, damit die Vorlage in dieser Form in der heutigen Sitzung eingebracht werden konnte.

Da es sich bei der Vorlage um ein Grundsatzkonzept handelt, könnten alle Wünsche der Arbeitsgruppe und des Jugendhilfeausschusses mit in die weiteren Überlegungen mit einbezogen werden.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt ebenfalls mit, dass die Arbeitsgruppe zeitnah tagen wird. Bezüglich der Angebote für jüngere Kinder teilt er mit, dass man hier auf die Wünsche eingehen wird. In der Vergangenheit seien Angebote nicht angenommen worden (z.B. Schüler/innen-Club in der Liblarer Straße). Demgegenüber hätte der Jugendtreff „Klasse“ in Vochem einen regen Zulauf von Kindern unter 14 bzw. 12 Jahren. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die zahlreichen Vereine und Jugendverbände im Stadtgebiet von Brühl, die sich speziell um die jüngeren Kinder kümmern und hier Angebote unterbreiten.

Herr Wehr (sachkundiger Bürger/FDP) erkundigt sich nach der Ausstattung des City-Treffs sowie nach den Beförderungsmöglichkeiten zum neuen Jugend- und Kulturzentrum an der Schildgesstraße.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt zu der Ausstattung mit, dass hier noch keine konkreten Angaben vorliegen. Zu der Verkehrsanbindung zum Jugend- und Kulturzentrum teilt er mit, dass vorgesehen ist, zumindest bei größeren Veranstaltungen einen sogenannten Shuttle-Service einzurichten. Näheres müssen die zukünftigen Beratungen und Ergebnisse dieser Beratungen ergeben.

Auf Anfrage von Ratsfrau Heck (SPD) bezüglich der Teilzeitstelle in Vochem erläutert Herr Schmitz (Verwaltung), dass dort zukünftig ein bereits beschäftigter Mitarbeiter der Verwaltung mit einer Stundenzahl eingesetzt wird und seine andere Arbeitszeit auf weitere Tätigkeitsbereiche der mobilen Jugendarbeit aufgeteilt wird.

Herr Kasiske (Stadtjugendring) bittet um nähere Angaben der Betriebskosten (Personalkosten etc.) und diese der Arbeitsgemeinschaft bzw. dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis vorzulegen. Grundsätzlich begrüßt er als Vertreter des Stadtjugendringes das Konzept des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Verwaltung.

Frau Meyer (Kinderschutzbund) erkundigt sich nach dem Lärmschutz im und am neuen Jugend- und Kulturzentrum.

Weiterhin fragt sie nach, ob bereits Überlegungen bezüglich der neuen Wohngebiete im Hinblick auf die Angebote der mobilen Jugendarbeit angestellt wurden.

Herr Mahlke teilt mit, dass bezüglich der Einhaltung des Lärmschutzes innerhalb des Gebäudes diese bereits bei den vorgesehenen Baumaßnahmen berücksichtigt werden. Da

sich die Open-Air-Veranstaltungen erfahrungsgemäß nicht innerhalb der Lärmvorschriften bewegen werden, ist vorgesehen, die Open-Air-Veranstaltungen auf drei bis fünf Termine im Jahr zu begrenzen.

Bezüglich der Anfrage der Angebote für neue Wohngebiete verweist Frau Vorsitzende Küster (CDU) auf die bereits vorgetragenen Ausführungen der Verwaltung. Danach wird man im Einzelfall auf jeden Bedarfswunsch eingehen und diesen prüfen.

Auf Anfragen von Ratsfrau Schönhütte (Grüne), Herrn Wasem (sachkundiger Bürger/ CDU) sowie Herrn Weitz (sachkundiger Bürger/SPD) erläutert Herr Freytag (Verwaltung) die weitere Vorgehensweise und die in der Vorlage aufgeführten Finanzierungen für die Baumaßnahmen, die Betriebskosten und die Kosten für die Ausstattung der verschiedenen Einrichtungen. Hier können erst nähere Details bzw. Zahlen vorgelegt werden, sobald eine Umsetzung des Konzeptes konkret möglich ist.

Zusätzlich weist Herr Weitz (sachkundiger Bürger/SPD) darauf hin, dass von Seiten der Verwaltung beachtet werden sollte, dass wegen des neuen Jugend- und Kulturzentrums ggfs. Verkehrssicherungsmaßnahmen in diesem Bereich notwendig werden.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) stellt nun den Beschlussentwurf zur Abstimmung.

Punkt 3 des Beschlussentwurfes wird wie folgt geändert:

„Schließung des Jugendzentrums an der Liblarer Straße mit der Inbetriebnahme des neuen Jugend- und Kulturzentrums.“

Herr Uhle (DPWV/ASB) erklärt sich in der Angelegenheit für befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt das Konzept „Kräfte bündeln – Vielfalt erhalten“ bestehend aus den Einzelmaßnahmen

Beauftragung des Arbeiter-Samariter-Bundes, Regionalverband Erft (ASB) mit dem Bau und Betrieb des neuen Jugend- und Kulturzentrums an der Schildgesstraße auf Grundlage eines noch auszuhandelnden Vertrages und Übernahme der mobilen Jugendarbeit für das gesamte Stadtgebiet

Einrichtung eines City-Treffs

Schließung des Jugendzentrums an der Liblarer Straße mit der Inbetriebnahme des neuen Jugend- und Kulturzentrums

Ausbau des Kinder- und Jugendtreffs „Klasse“ in Vochem und Entwicklung der Gemeinwesenarbeit im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig**

### **3. Frühe Hilfen für Familien**

**hier: „Risiken erkennen, Kinder fördern, Elternkompetenzen stärken“**

**Bezug: Antrag der CDU-Fraktion vom 23.04.2007 - Vorlage-Nr.: 57/06 b**

Herr Wasem (sachkundiger Bürger/CDU) fragt nach, aus welchen Gründen erst Anfang 2008 mit dem beabsichtigten Erstbesuch bei Eltern von neugeborenen Kindern begonnen werden kann und inwieweit den Kooperationspartnern (z.B. Schulen und Lehrer) Informationen und Informationsmaterial vorliegen, woraus diese erkennen könnten, wann eine Kindeswohlgefährdung konkret gegeben ist.

Herr Schmitz (Verwaltung) erläuterte zu dem Termin Anfang 2008, dass hier noch einige Vorarbeiten zu leisten sind (z.B. Erstellung eines Elternbuches mit den dazu- gehörigen Angaben wie Adressen und Namen von Anlaufstellen). Im Herbst hat die Landesregierung zudem zugesagt, allen Jugendämtern ein Musterbegleitbuch zur Verfügung zu stellen.

Bezüglich der zweiten Frage teilt Frau Konda (Verwaltung) mit, dass man dabei sei, nach und nach mit allen Kooperationspartnern, speziell auch mit den Brühler Schulen, Kooperationsvereinbarungen abzuschließen, in denen definiert wird, wann eine Kindeswohlgefährdung vorliegen könnte und welche Maßnahmen zu ergreifen sind.

Auf Anfrage von Ratsfrau Heck (SPD) teilt Herr Schmitz (Verwaltung) mit, dass für den Bereich von Vochem bereits eine Mitarbeiterin aus dem ASD-Bereich dort vor Ort eingesetzt wird und derzeit in der Kita tätig ist. Zukünftig soll sie im Rahmen des Familienzentrums die Familien vor Ort in Vochem betreuen sowie das beabsichtigte Elternbuch erstellen und führen. Zu ihren Aufgaben wird zukünftig auch die Durchführung der ersten Hausbesuche im gesamten Stadtgebiet gehören.

Herr Neumann (Amtsgericht Brühl) regt an, in die Liste der Netzwerkpartner alle Ärzte/innen und insbesondere die Kinderärzte/innen aufzunehmen. Diese Anregung wird von Seiten der Verwaltung aufgenommen.

Bezüglich des Personals bittet er nochmals um nähere Erklärung, mit welchem Personalbedarf die neuen, zusätzlichen Arbeiten erledigt werden sollen.

Frau Konda (Verwaltung) erläutert zu der Frage, dass die Aufgaben auf verschiedene Personen verteilt werden (z.B. Hausbesuch durch eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, weitere Anlaufstellen sind dann die Familienzentren). Es ist jedoch beabsichtigt, hier ein Netzwerk aufzubauen, in dem alle beteiligten Stellen und Personen in einem stetigen Gesprächsaustausch stehen werden. Insbesondere sollen die Erstbesuche außerhalb der Räumlichkeiten des Jugendamtes durchgeführt werden, um den Eltern die Schwellenangst zu nehmen. Zusätzlich soll hierdurch erreicht werden, dass bei den betreffenden Eltern die Erstbesuche nicht als Kontroll- sondern als Willkommensbesuch gesehen werden.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) bittet darum, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Sie stellt den Beschlussentwurf zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Bürgermeister mit der Realisierung des Konzeptes „Risiken erkennen, Kindern fördern, Elternkompetenzen stärken!“

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig**

#### **4. Tagesbetreuung in Einrichtungen:**

##### **hier: Sprachstandserhebungen 2007 in der Tageseinrichtung für Kinder Vorlage-Nr.: 48/88 br**

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) stellt folgende Fragen:

Ist die Zahl der Kinder festzustellen, die in den städtischen Einrichtungen an der besonderen Sprachförderung konkret teilnehmen?

Nehmen die Kinder, bei denen zwar kein Sprachdefizit festgestellt wurde, jedoch die Pädagogen in der Einrichtung hier deutliche Sprachdefizite erkennen, an Sprachförderungen teil?

Wie ist die Verfahrensweise bei den Kindern, die zwar getestet wurden, jedoch keine Kindertageseinrichtung besuchen?

Frau Hempel (Verwaltung) beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu 1:

Die Eltern der getesteten Kinder erhielten eine Mitteilung, worin festgestellt wurde, in welchen Bereichen eine Förderung notwendig sei. Die Mitteilungen sollten an die Kindertageseinrichtungen weitergegeben werden, damit die pädagogische Fachkraft in der Einrichtung entsprechende Förderungsmaßnahmen einleiten kann.

Nach der Stufe 2 des Testverfahrens wurde den Eltern von 52 Kindern mitgeteilt, dass diese an einer Sprachförderung teilnehmen sollen.

Diese 52 Kinder werden auch alle am Sprachförderprogramm teilnehmen.

Zu 2:

Die betreffenden Kinder werden im Rahmen des allgemeinen Erziehungsauftrages von den Pädagogen in den Einrichtungen außerhalb des Sprachprogramms zusätzlich gefördert

Zu 3.

Bezüglich der Kinder, die keine Tageseinrichtung besuchen, liegen ebenfalls Ergebnisse vom Kreisschulamt vor. Danach ist festgestellt worden, dass von den getesteten 43 Kindern insgesamt 2 Kinder eine Sprachförderung benötigen.

Eine Rückmeldung über eine tatsächliche Teilnahme der beiden Kinder an einer Sprachförderung liegt nicht vor.

Weiterhin erläutert sie den weiteren Werdegang bezüglich der Erstellung der Förderrichtlinien und der entstehenden Kosten. Hier ist vorgesehen, dass diese im Herbst durch die Landesregierung konkretisiert werden.

Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU) erkundigt sich danach, ob die Erfahrungen aus der ersten Sprachstandserhebung an die Uni Dortmund weitergeleitet werden.

Frau Hempel (Verwaltung) teilt mit, dass bereits Fachtagungen stattgefunden hätten, in denen die Erfahrungen aller beteiligten Stellen gesammelt und an die Uni Dortmund weitergeleitet wurden.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss und der Schul- und Sportausschuss nehmen den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

## **5. Anerkennung des Frauenforums Brühl e.V. als Träger der Jugendhilfe** **Vorlage-Nr.: 127/93 j**

Ratsfrau Heck (SPD) beantragt, dass das Frauenforum Brühl e.V. in einer späteren Sitzung des Jugendhilfeausschusses über deren Tätigkeit berichten soll.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) stellt den Beschlussentwurf zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss erkennt das Frauenforum Brühl e.V. als örtlichen Träger der Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII an. Die Anerkennung beschränkt sich auf folgende Tätigkeitsbereiche des Vereins:

Schwangerschaftskonfliktberatung  
Stillcafé und Ernährungsberatung für Säuglinge  
sozialpädagogische Beratung in Schulen

**Abstimmungsergebnis: einstimmig (bei 1 Enthaltung)****6. Stadtteilplanung Brühl-Vochem**

**hier: Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes**

**Bezug: Mittelbereitstellung - Rat 18.06.07, HA 21.05.07 und PStA 14.08.07**

**Vorlage-Nr.: 35/07**

**7. Stadtteilplanung Brühl-Vochem - Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes**

**hier: Bildung einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) - Vorlage-Nr.: 68/04 b**

Frau Vorsitzende Küster (CDU) schlägt vor, beide Tagesordnungspunkte gemeinsam zu besprechen und zu beraten.

Hiergegen bestehen seitens des Ausschusses keine Bedenken.

Nach kurzer Beratung stellt Frau Vorsitzende Küster (CDU) die Vorlage-Nr. 68/04 b zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Stadtteilplanung Brühl-Vochem“.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig****8. Spielraumplanung in Brühl:**

**hier: Vertrag zwischen der Stadt Brühl und der Spielvereinigung Badorf – Pingsdorf 1929/31 e.V. über die Herrichtung und Nutzung des Bolzplatzes „Auf dem Gallberg“ - Vorlage-Nr.: 149/88 dz**

Ratsfrau Schönhütte (Grüne) fragt an, aus welchen Gründen eine zusätzliche Herrichtung eines Fußballplatzes notwendig ist und welche Kosten hierfür entstehen.

Nach kurzer Diskussion wird im Ausschuss festgestellt, dass aufgrund des regen Zulaufs von Jugendlichen bei der Spielvereinigung Badorf-Pingsdorf 1929/31 e.V. weitere Trainingsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Kosten entstehen grundsätzlich nicht, da vorgesehen ist, dass der Verein die Herrichtung des Platzes finanziert.

Herr Freytag (Verwaltung) weist darauf hin, dass von Seiten des Jugendhilfeausschusses eine Entscheidung getroffen werden muss, da aufgrund des abzuschließenden Vertrages die betreffende Spielfläche, die als Trainings-/Bolzplatz genutzt wird, für andere Kinder zu den Trainingszeiten nicht zur Verfügung steht.

Zusätzlich weist er nochmals darauf hin, dass durch den Abschluss des Vertrages im Haushalt Kosten eingespart werden, da sich der Verein bereit erklärt hat, die Spielfläche herzurichten und auch zu pflegen. Die genaue Höhe der Einsparungen im Haushalt kann derzeit noch nicht beziffert werden.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) stellt die Vorlage nun zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Bürgermeister, mit der Spielvereinigung Badorf-Pingsdorf 1929/31 e.V. einen Vertrag über die Herrichtung, Nutzung und Partnerschaft des städtischen Bolzplatzes „Auf dem Gallberg“ in Brühl-Badorf abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**9. Kindertagesbetreuung**

**hier: Managementkonzept „Fit für die Zukunft“**

**Vorlage-Nr.: 48/88 bs**

Ratsfrau Heck (SPD) teilt mit, dass sie davon ausgegangen ist, dass im Jugendhilfeausschuss über die weitere Umsetzung des Gesamtkonzeptes im Einzelnen konkret beraten wird.

Herr Freytag (Verwaltung) weist darauf hin, dass man lediglich aufgrund des Beschlusses für das Gesamtkonzept dieses bereits für die Tageseinrichtungen „Wilhelmstraße“ und „An der alten Zuckerfabrik“ umgesetzt hat. Dies wäre möglich gewesen, da in diesen Einrichtungen personelle und organisatorische Veränderungen kurzfristig erforderlich waren. Er sagte zu, dass bei weiteren Veränderungen der Jugendhilfeausschuss entsprechend beteiligt wird.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

**10. Anträge**

Herr Assenmacher (Caritas) beantragt zu prüfen, ob der Jugendhilfeausschuss nicht nur informell, sondern auch im Vorfeld bei der Errichtung von offenen Ganztagschulen, der Vergabe von Trägerschaften und deren Wechsel zu beteiligen ist. In diesem Zusammenhang regt er an, ggfs. zukünftig gemeinsame Sitzungen mit dem Schul- und Sportausschuss durchzuführen.

Herr Freytag (Verwaltung) sagt zu, in der nächsten Sitzung hierüber in Form einer Vorlage zu berichten.

**11. Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

**12. Mitteilungen**

**Bolzplatz Stephanstraße**

Herr Freytag (Verwaltung) informierte darüber, dass ein Aufstellungsbeschluss gefasst wurde, in dem auch die Spielfläche Stephanstraße mit einbezogen ist und hier der

Jugendhilfeausschuss automatisch bei der Entscheidung über die weitere Verwendung der Fläche beteiligt wird.

Ratsfrau Heck (SPD) fügt hierzu an, dass bei der neuen Bedarfsberechnung auch die bisher bestehende Spielfläche im Bereich des neuen Jugend- und Kulturzentrums in Brühl-Ost diese zukünftig nicht mehr berücksichtigt werden sollte, da diese einer anderen Nutzung zugeführt wird.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass die Arbeit des Stadtjugendringes bezüglich der Mittelverteilung und –verwendung ausdrücklich seitens der Verwaltung zu loben ist.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) schließt die öffentliche Sitzung.